

Gegenoffensive, „Wagner“-Widerstand... – Anfang vom Ende Putins?

Zur Weltlage und Ukraine unter Kriegs- und Waffenzwang, Teil I

DIE Wagner-Söldnertruppe und ihr Anführer, Jewgeni Prigoschin, scheinen sich mit ihrem versuchten Aufstand am 23./24. Juni, der als militärische Machtdemonstration verpuffte, bevor diese richtig losging, vorerst aus dem Kriegsgeschehen in der Ukraine verabschiedet zu haben. Die Reaktion der pro Ukraine parteilichen, westlichen Waffenlieferer und Kriegsunterstützenden ist bei insgeheimer Freude über Putins Schmach in offenbar gewordener Form von Kontrollverlust und Demütigung nach außen bisher eher verhalten bis zurückhaltend. Manche wollen gar eine „Wende“ in Putins Krieg erkennen. Sichtbar gewordene Risse und Schwächung in Putins System werden allenthalben ausgemacht. Bis auf einige hundert Kilometer stießen Wagner-Einheiten mit schwerem Gerät wie auf Tiefladern transportierten Panzern und Raketenwerfern vom nahezu kampflos eingenommenen Militärkommando Süd in Rostow kommend bedrohlich auf Moskau vor und hatten die Großstadt Woronesch schon weit hinter sich. Sie wären wahrscheinlich noch vor Erreichen der Hauptstadt von massiv aufgebotenen russischen Kampffjets und Kampfhubschraubern aus der Luft zerstört worden. Einige davon konnte die Wagner-Flugabwehr offenbar sogar vorher abschießen. Putin preist hingegen die Abwehr der schnell vorrückenden Wagner-Truppen, die keine aktive des überraschten und auffallend passiven russischen Militärs war, als Ergebnis und Bestätigung seines stabilen Kriegsregimes. Man weiß, es war und ist anders (siehe zu militärpolitischen Aspekten weiter unten in Teil II).

IN den deutschen TV-Talk-Formaten wird derweil von etablierten Politiker:innen, Expert:innen und Kriegskommentator:innen munter weiter „Generalstab“ simuliert. Von – um nur einige zu nennen – Roderich Kiesewetter (CDU), Norbert Röttgen (CDU), Claudia Major (Stiftung Wissenschaft und Politik), Sabine Adler (Russland-Expertin) bis zu Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP-Verteidigungsbefehlshaberin), Carlo Masala (Bundeswehr-Uni München), Nicole Deitelhoff (Friedens- und Konfliktforscherin) und auch etwas moderateren Vertretern wie Ralf Stegner (SPD-Vorstand, Auswärtigen-Ausschuss) und Lars Klingbeil (SPD-Vorsitz). Letzterer vielleicht, weil er der Sohn eines hohen Bundeswehr-Offiziers ist? Jedenfalls darf seine Militär- und sicherheitspolitische Kompetenz angezweifelt werden. Ihnen allen wird von den verantwortlichen, öffentlich-rechtlichen Moderator:innen, die das Ausgewogenheits-Gebot unentwegt ignorieren und missachten, durch die Bank seit Monaten nahezu exklusiv das gefragte Wort erteilt und abverlangt.

DIE Öffentlichkeit wird seit Kriegsbeginn zwischen Russland und der Ukraine am 24. Februar 2022 medial mehr oder weniger einseitig ideologisch berieselt und um Deutungshoheit bemüht puschend auf den Krieg eingestimmt. Kritische Stimmen aus dem Friedens- und Antikriegslager werden gar nicht erst angefragt oder einbezogen. Die Stimmung im „friedensverwöhnten“ Deutschland ist schon länger am Kippen. Ein Bundespräsident durfte beim diesjährigen Evangelischen Kirchentag ohne ein gellendes Pfeifkonzert oder laute Buhrufe zu ernten, in seiner Grußansprache verkünden, *jetzt sei auch die Zeit für Waffen*. Und damit das biblische Kirchentags- und Kairos-Motto „Jetzt ist die Zeit!“ auf den Kopf stellen und Pflöcke für Militär und Krieg einrammen. Ein Vorgang, der einem öffentlichen Affront gleichkam, aber als solcher kaum registriert oder gar vernehmbar thematisiert wurde. Ein Kirchenvolk im kriegstaumelnden Schlafwandler-Modus? Als gäbe es kein zweites Evangelium mit dem aktiven Gebot der Liebe, des Friedens und der Gewaltlosigkeit, keine jesuanische Friedens-

ethik seit 2.000 Jahren. Es werden ideen- und hilflos rein vom Erfordernis militärischer und wehrhafter Gewalt her die falschen Fragen gestellt und einseitig erörtert und politische Ursachen ausgeblendet.

DIE schwer pro Krieg und Militär lastige Stimmung im christlichen Lager bis hin zum pro Ukraine-Aufrüstung votierenden, ehemaligen EKD-Vorsitzenden und bayerischen Landesbischof, Heinrich Bedford-Strohm, setzte sich in Nürnberg fort in der zentralen Podiumsdiskussion am Samstag (14. Juni) zum Thema „Welchen Frieden wollen wir?“. Es war klar, dass am Ende das deutlichere beklatschte Votum in historischem Rückfall mehrheitlich für „Frieden schaffen“ mit Waffen, durch mehr Rüstung, Militär und Abschreckung ausfiel. Der dagegen anredende Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche, Landesbischof in Mitteldeutschland, Friedrich Kramer, hatte einen schweren Stand gegen die übrigen Diskutant:innen, die evangelische Landesbischofin von Baden, Heike Springhart (*Christen dürfen sich nicht der Gewalt ergeben...*), den Staatssekretär, Sven Giegold (Grüne), zuständig für Waffenausfuhren im Wirtschaftsministerium und schließlich noch den Generalinspekteur der Bundeswehr, Brigadegeneral Carsten Breuer, dessen Part auffallend blass und aussagearm blieb. Das „Gespräch“ litt an der zuspitzenden Verengung auf die teils abstrakt erörterte Frage von Moral, Verantwortungsethik und Opfer-Perspektive. Die davon nicht loszulösende Frage nach den politischen Interessen der involvierten, westlich-ukrainisch-russischen Kriegsakteure und geopolitische Strategie-Aspekte blieb so gut wie außen vor. Friedensbischof Kramer sprach angesichts deutscher Waffen in der Ukraine gegen russische Soldaten als einziger von einer historischen „Blutschuld“ der Deutschen gegenüber Russland, auf die sich zu besinnen wäre. Und Opfer gebe es schließlich auf allen Seiten.

DIE allgemeine Kriegs-Entwicklung in der Ukraine legt nahe, unter der offiziellen Rede für Frieden, Freiheit und Sicherheit des Westens, dem dieser massiv westlich unterstützte und mitbetriebene Krieg angeblich auch vor allem dient, den Krieg folgerichtig in allen seinen Facetten herauszulesen. Was wir erleben, ist antipazifistisch verdrehender Neusprech, ähnlich wie in Orwells Roman „1984“, in dem es unter dem Label des „Großen Bruders“ propagandistisch heißt: *„Unwissenheit ist Stärke“*, *„Freiheit ist Sklaverei“*, *„Krieg ist Frieden“*. Orwell entwarf in seinem düsteren Zukunftsroman das Szenario eines permanenten dritten Weltkriegs zwischen den drei kontinental-ozeanischen Blöcken Ozeanien, Eurasien und Ostasien. Eine aus heutiger Entwicklung gesehen verblüffende Vorausschau. Selbst Friedensforscher:innen verwenden inzwischen einen teils irritierenden, uneindeutigen, statt strikt differenzierenden und kritisch distanzierenden Sprachduktus, wie sich jüngst am 12. Juni bei der Vorstellung des „Friedensgutachtens 2023“ durch die Sprecherin, Nicole Deitelhoff (HSFK), leider zeigte. Es entstand vielmehr der Eindruck, als wollten die anwesenden „Friedensweisen“ ein Kriegsgutachten für die Bundesregierung abliefern.

„Hier wird Krieg geübt“, kommentierte der LINKE-Fraktionschef im Bundestag, Dietmar Bartsch, das derzeit größte, jemals abgehaltene Luftwaffen-Manöver der Nato, „Air Defender 2023“, über Deutschland. Mit strategischen Drehkreuzen in Schleswig Holstein (Jagel), Niedersachsen (Wunstorf), Ostdeutschland, Frankfurt/M. und im bayerischen Alpenvorland (Lechfeld), an dem sich bis 23. Juni 250 Nato-Kampffjets und Militärtransportflugzeuge sowie fast 10.000 Soldat:innen aus 25 Ländern beteiligten. Geprobt wurde bei diesem gigantischen Militäraufmarsch unter deutscher Führung schnelle Truppenverlegung im Bündnis, das Luftbetanken von Kampffjets und Zurückschlagen einer von Osten „angreifenden Militärmacht“, die Deutschland schon halb besetzt hat. Krieg geübt wurde in diesen Tagen auch in See-Manövern, die sowohl die Nato als auch Russland gleichzeitig mit Dutzenden Schiffen, Flugzeugen und zusammen rund 9.000 Soldaten und Soldatinnen im gesamten Ostseeraum ab-

hielten. Nato- und russische Streitkräfte dürften sich dabei in Form „virtueller Feindberührung“ und auch tatsächlich in der Luft und auf See bedrohlich nahegekommen sein.

DIE Kritiker:innen von Krieg und Gewalt, das kommt freilich nirgends zur Sprache, sind nicht alternativlos, sondern schlagen zusätzlich zu einer Diplomatie- und Verhandlungsoffensive die zivile Wehrhaftigkeit der gewaltfreien ‚Sozialen Verteidigung‘ (SV) gegen den russischen Aggressor vor, die vor großer materieller Zerstörung und vielen menschlichen Opfern bewahren würde. Eine SV verteidigt ideell ethische und soziale Werte sowie zivile demokratische Strukturen und Institutionen mit unmilitärischen Mitteln, nicht Territorien in bewaffneten Kämpfen. Der aufgeklärte Teil der Zivilgesellschaft der Ukraine kennt die wirksamen Mittel gewaltfreier Proteste und Aktionen aus der orangenen Revolution 2004 und den Euro-Maidan-Protesten 2013/14. Der korrupten, nationalistischen Populistin, Öl-Oligarchin und dezidierten Russland-Hasserin, Julija Tymoschenko, vom Westen zeitweilig hofiert wie eine Art Volksheilige, und ihrer vaterländischen Bewegung, gelang es trotz anderthalb Amtszeiten als ukrainischer Ministerpräsidentin nicht, sich danach in den politischen Machtkämpfen entscheidend durchzusetzen.

MIT der Pro-Kriegs-Rede einher geht eine erschreckende Unkenntnis und Ignoranz der historischen Lehren aus Krieg, Aggression und Gewalt nach zwei verheerenden Weltkriegen, einem fast fünfzigjährigen „Kalten Krieg“ stets am gefährlichen Rand eines atomaren Abgrunds und einem Jahrhundert allgemein der Kriegs- und Gewaltextreme, in die Militär und Militär- und Kriegsdenken die Welt unablässig zwingt. Wir erleben keine „Zeitenwende“, sondern einen fortschreitenden Zivilisationsbruch und Rückfall in revanchistische Kriegsbarbarei. Die Friedensdecke ist denkbar dünn. Das „Kriegstier“ im Menschen traut sich wieder hervor,

KRIEG, dem nach dem Philosophen, Kriegsgegner und gewaltfreien Denker in der Nachfolge Gandhis, Nikolaus Koch (1912-1991), immer ein ziviles Politik- und Politikerversagen vorausgeht, ist, wie er es in seinem Buch „Die moderne Revolution. Gedanken der gewaltfreien Selbsthilfe des deutschen Volkes“ (1951) erstmals formulierte und erörterte, totaler „Fünfkrieg“: militärisch, politisch, wirtschaftlich, ideologisch und psychologisch. Zivile (pazifistische) Stärke habe nach Koch durch gewaltfreies Handeln und demokratisch revolutionär in diese Kriegsstützen einzugreifen und ihnen die Berechtigung zu entziehen. Als einer der wenigen Friedensdenker hatte der durch Karl Marx und den katholischen Moraltheologen und Sozialethiker, Theodor Steinbüchel, wesentlich mit inspirierte Koch auch eine anthropologisch begründete Sicht auf Krieg, Gewalt und Frieden, auf menschliche Personalität und Sozialität.

KOCHS Denken und Trachten gipfelte im Konzept eines *Weltstrukturkreis des offenen Menschen* im Zuge einer nachliberalistisch-nachsozialistischen „vierten Revolution“ (nach Reformation, Liberalismus und Marxismus) in der Christenheit, im Verhältnis von Staatsapparat und Gewissensprimat, der Deutschen und an der Basis offener Bildungs- und Medienstrukturen nach dem Epochen-Umbruch von 1989/90. Seine wichtigsten programmatischen und dialogischen Leitlinien waren *zivile statt militärische Stärke*, die *„freie solidarische Selbsthilfe von unten der ersten bis vierten Welt“* und das elementare Wirken eines *„christlich-liberal-marxistischen Grundkonsens“* zur weltrevolutionären Überwindung ideologischer Gegensätze der Blöcke in West und Ost. Im Zentrum stehen und wirken nach wie vor das Menschenrecht auf menschenwürdige Arbeit, menschenwürdige Bildung, menschenwürdige Gesundheit und menschenwürdige Muße.

KOCH verhalf dem begrifflichen Ansatz der „Weltrevolution“ und der Praxis *demokratischer Revolution* zu neuer Gültigkeit und Bedeutung (siehe seine „Osterrede über Ende und Anfang deutscher Politik“ beim Ostermarsch 1961 in Dortmund, veröffentlicht als erweiterte Broschüre). Er bettete damit pazifistisches Handeln in einen konkreten politischen Aktionsrahmen ein. Eine danach gegründete deutsch-europäische Blockfreiheits-Bürgerinitiative bot hierfür die geeignete Plattform, die den Pazifismus nicht mehr nur in reiner Ideenluft und Neinsage-Haltung verharren ließ. Bloße Unterschriften-Appelle und Abrüstungsinitiativen reichten nach Kochs Ansicht angesichts eines globalen militärisch-atomaren Rüstungs- und Katastrophenzwanges nicht. Binnen weniger Wochen unterschrieben und unterstützten Hunderte das Programm der neuen Blockfreiheits-BI und wurden in deren Sinn aktiv (Koch-Schriften sind anzufordern und ggfs. zu beziehen über: pad-Verlag@gmx.net). Fast die vollständige demokratische Programmschrift „Die Geburtsfehler der Bundesrepublik Deutschland und die Spätfolgen“ (1984) und die Golfkriegs-Erklärung von 1991 wurden an dieser Stelle bereits zugänglich gemacht und stehen als Text-Datei zur Verfügung (Noch immer geplant ist das Projekt des Verfassers eines Buches mit Auswahl-Texten Kochs von 1954 bis 1991).

DER neben dem Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde vor 1933 wohl bedeutendste deutsche Pazifist und Friedensethiker, der christliche Philosoph, Pädagoge und Politiker, Friedrich Wilhelm Foerster (1869-1966), ist heute vergessen und inner- wie außerhalb der Zunft nahezu unbekannt. Foersters differenzierter, ethisch angewandter Gerechtigkeits-Pazifismus böte einen diskursiven Ansatz, der in der Krieg-Frieden-Thematik fruchtbar weiterführen könnte. In „Das Andere Deutschland“ vom 7. August 1926 schrieb er u. a.: *„ Wer ist ein Pazifist? Viele antworten: Der Pazifist ist ein Kriegsgegner und Kriegsdienstverweigerer, ein Feind der Rache und Gewalt, kurz das Gegenteil von all dem, was uns in den Weltkrieg hineingeführt hat und heute in eine neue Katastrophe zu werfen droht. Mit solchem bloßen Nein-Sagen gegenüber der irreführenden Tatkraft der Kriegsmenschen aber erzielt man keine weltgeschichtlichen Wirkungen, weder im Hause, noch im Berufe, noch im Klassenkampf, noch in der großen Politik ... Der Pazifist bekämpft das Widersittliche durch das geistig-sittliche Mittel des eigenen höheren Beispiels in der Geltendmachung der eigenen Interessen, durch die Organisation des Rechtsgedankens und der Rechtsfindung, durch jede Art von positiver Tatkraft im Zusammenhang der Interessen, in der Kunst des Ausgleichs, in der Weisheit umsichtiger Verträge, in der Bändigung der kopflosen Leidenschaften, in der Disziplin des Urteils, in der Erziehung zur Objektivität, in der Übung des >Denkens an die Anderen<“ ...* (zit nach Hermes Handlexikon, Die Friedensbewegung, S. 119). Gerade auf die Vorgeschichte des Ukraine-Kriegs bezogen mit ihren gravierenden Versäumnissen, legitime Sicherheitsinteressen aller Beteiligten zu wenig, nur einseitig oder gar nicht zu bedenken und berücksichtigen, erhalten Foersters Worte grundsätzliche Bedeutung. Foerster musste wegen seines antinationalistischen, antimilitaristischen Engagements am Beginn der 1920er Jahre vor rechtsnationalistischer Verfolgung in die Schweiz emigrieren und ging später in die USA. Nach 1945 kehrte er nicht wieder nach Deutschland zurück, sondern verbrachte seine letzten Lebensjahre in der Schweiz in Kilchberg am Zürichsee (s. Literatur, Teil II).

DIE oben zitierten fünf Kriterien erfüllt der Krieg zwischen Russland und der davon unabhängig abgespaltenen, ehemaligen Sowjetrepublik Ukraine beispielhaft. Die schreckliche Tatsache der bisher vielen zehntausend, vielleicht hunderttausend verwundeten und gefallenen Soldaten und zivilen Opfer in diesem Krieg, findet allenfalls noch in Nebensätzen der Stammtischstrateg:innen bedauernde Erwähnung und dann auch nur gegenüber den eigenen Toten. Man scheint in Kreisen furchtloser militärischer Laien von sicherer Warte aus uni-

sono zu „wissen“, was militärpolitisch und militärstrategisch Sache zu sein hat, welcher Waffen es bedarf, um zu Kriegsertüchtigung und Kriegserfolg der Ukraine beizutragen und geht dabei erschreckend in verrohender Manier selber ungerührt über Leichen.

BEIM Ostermarsch 2023 mit reger bundesweiter Beteiligung kam es zu Kundgebungen an etwa 70 Orten der Bundesrepublik mit 120 Aktionen und Demos. Von insgesamt 55.000 bis mehr als 70.000 Teilnehmer:innen kann laut Polizei und Organisatoren ausgegangen werden, was sich etwa auf dem Niveau des Vorjahres bewegt. In Hannover sprach vor mehr als 1.100 Teilnehmenden die ehemalige EKD-Ratsvorsitzende, frühere evangelische Landesbischofin und Ex-Präsidentin der Bremer Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer, Margot Käßmann. Sie, die gemeinhin als *d i e* Repräsentantin des pazifistischen Kirchenflügels gilt, betonte: „*Wir wollen nicht, dass die Eskalation weiter getrieben wird und noch mehr Waffen in das Kriegsgebiet geliefert werden*“, die „*mitverantwortlich für all die Toten*“ machten. Käßmann mied dieses Jahr eine eigene Präsenz beim Kirchentag in Nürnberg und gab vorab der ARD dazu ein Interview, in dem sie u. a. die Entwicklung bei Kirchentagen seit 1979 hin zu „Frieden schaffen ohne Waffen“ nachzeichnete. Als gestandene kritische Theologin betonte sie, sie könne eine Pro-Krieg-Haltung nicht aus dem Evangelium herauslesen.

DIE liberale Anti-Pazifistin, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, bemängelt, man sähe keine einzige ukrainische Fahne bei den Friedensaufzügen... Warum auch, die Friedensbewegung ist und versteht sich übergreifend transnational. Die nassforscher Verteidigungsausschuss-Vorsitzende und Flintenfrau der FDP, brachte es in der 16. Woche beim Maischberger-Talk, ob gewollt oder ungewollt, auf den Punkt, was eigentlich im Ukraine-Krieg für sie Sache ist: Wörtlich sprach sie davon, die Ukraine werde vom Westen „*aufgeklärt und geführt*“. Man kann den Stellvertreter-Charakter dieses Krieges kaum treffender ausdrücken. Bei „Hart aber fair“ (12. Juni) ergänzte sie, „*am langen Ende geht es um Interessen*“. Moderator Louis Klamroth hatte zum erlesenen Pro-Kriegs-Diskurs ferner die Journalistin und Russland-Expertin, Katja Gloger, den SPD-Auswärtigen-Politiker, Ralf Stegner, den Potsdamer Militärgeschichtler, Sönke Neitzel, und den perfekt Deutsch sprechenden Wirtschaftsfachmann und Selenskyj-Berater, Alexander Rodnyansky, einbestellt. Maischbergers Talk-Kollegin beim ZDF, Maybrit Illner, hatte in derselben Woche zum Thema „Schafft die Ukraine die Kriegswende?“ wieder eine eigene illustre Pro-Kriegs-Runde geladen mit zuverlässig den Krieg und Aufrüstung befürwortenden Gästen wie dem CDU-Oberst a. D. und Bundestags-Auswärtigen-Obmann, Roderich Kiesewetter, dem SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius, der ZEIT-Journalistin Alice Bota, dem CNN-Korrespondenten Frederick Pleitgen und dem Sicherheitsexperten an der Münchener Bundeswehr-Universität, Frank Sauer. Braucht es mehr Beweise medialer Diskurs-Einseitigkeit? Kiesewetter empfahl fahrlässig kriegsausweitend bei „Markus Lanz“ (7. Juni), die Ukraine sollte zur eigenen Verteidigung auch Ziele in Russland angreifen.

UNGENIERT und von Bedenken ungerührt versammelte Frau Illner auch in ihrem TV-Talk vom 25. Mai zum Thema „Waffen, Sanktionen, Allianzen“ erneut eine mehrheitlich pro Krieg eingestellte Runde aus USA-willigen Transatlantikern und Kriegsunterstützern wie Carlo Masala, Marie-Agnes Strack-Zimmermann und Ex-SPD-Außenminister Sigmar Gabriel (Vorsitzender der Atlantik-Brücke e. V.), Gegenrede so gut wie nicht vorgesehen oder erwünscht, trotz ebenfalls anwesender und für einige Klarstellung sorgender Co-Fraktionsvorsitzender der Linkspartei im Bundestag, Amira Mohamed Ali. Während am selben Tag ZDF-Kollege Markus Lanz den ehemals deutschen Ukraine-Kriegsfreiwilligen und Ex-Bundeswehrpanzergrenadier, Jonas Kratzenberg, ausführlich mit Frontschilderungen zu

Wort kommen ließ, der diese auch schon in einem von Lanz hochgelobten eigenen Buch vorgetragen hat. Kratzenberg (mit Vollbart und sichtbarer Verletzungsnarbe am kahlen Schädel) war als Zugführer an den Fronten bei Kiew-Butschka, Irpin und Cherson kriegsaktiv. Der 25-Jährige, nach eigener Aussage „Adrenalin-Junkie“, erhielt, wie er auf Nachfrage einräumte, für die 282 Tage Kriegseinsatz bis zu einer schweren Granat-Verwundung bei Mykolajiw in der Südukraine durch eine russische Kampfdrohne rund 12.000 Euro Sold.

IM Lanz-Talk-Format kam bis jetzt keine einzige kritische Friedensbewegungsstimme zu Wort, etwa aus dem Umfeld des Offenbacher KDV-im-Krieg-Hilfsnetzwerks Connection e.V., die es ja auch in der Ukraine unter dortigen Kriegsdienstverweigerern und Armeeflüchtigen gäbe! (office@Connection-eV.de). Es gibt in der Ukraine (wie auch in Russland) keine ungestrafte Militärflucht. Desertion und „Kriegsverrat als Friedenstat“ (Ludwig Baumann) aber sind kein Thema für Herrn Lanz und Co. Jeder Staat verfolgt und bestraft die Fahnenflucht empfindlich mit Gefängnis bis zur Todesstrafe. Hermann Stöhr, Franz Jägerstätter, Ludwig Baumann und viele andere legten dafür Zeugnis ab. Der Bremer Friedensaktivist Ludwig Baumann (+2018) überlebte als Wehrmachtssoldat im Zweiten Weltkrieg monatelangen Todesarrest und Himmelfahrts-Strafkommando an der Front. Über mehr als 25 Jahre führte er in der BRD einen zähen Kampf um seine und die Rehabilitierung von 20 bis 30.000 Leidensgefährten in Nazi-Kriegszeiten. Bis zuletzt Anfang der 2000er Jahre widersetzte sich die christliche Doppelpartei ihrer Rehabilitierung und Entschädigung. Da gab es nicht mehr viele von denen, die es überlebt hatten (siehe die kritischen Arbeiten der Militärgeschichtler Manfred Messerschmidt und Wolfram Wette über Militärjustiz, Offizierswiderstand und Desertion).

DAS Motto der Ostermarschierer:innen war und ist „*Frieden muss verhandelt werden!*“ Und zwar jetzt. Gefordert wurde ferner ein sofortiger Waffenstillstand in der Ukraine, ein Ende von regelwidrigen Waffenexporten ins Kriegsgebiet, auch die Gefahr durch aufgerüstete Atomwaffen war Anlass der Umzüge, die von 1960 an im Fokus der Ostermärsche stand. Das heißt *Frieden schaffen ohne Waffen*, denn mit Waffen schafft man keinen. Man sorgt lediglich für Sieger und Besiegte und am Ende rumoren die Konflikte und Gegensätze unter der Decke weiter, sorgen womöglich für weitere kriegerische Auseinandersetzungen (siehe Minsk- und Budapest-Abkommen). Das ist in der Regel die aktuelle Geschichtslehre.

NACH 1945, das erfasste des Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI, gab es bis heute über 300 neue Konflikte und Kriege, lokaler, regionaler und überregionaler Natur. Militär und Rüstung machen die Welt nicht sicherer oder besser. Eine Studie des Instituts für Internationale Konfliktforschung verzeichnet in einem „Konfliktbarometer 2022“ aktuell 21 Kriege und 216 gewaltsame Konflikte zwischen Staaten, Bevölkerungsgruppen oder politischen Gruppierungen weltweit. Führend sind mit 16 Kriegen die Subsahara-Staaten Kamerun, Kongo, Äthiopien, Mali, Nigeria, Somalia und Sudan (Ang. lt. ARD-Teletext-Meldung vom 13. Mai). Von Bedeutung sind dabei vor allem Bodenschatzvorkommen, geostrategische Lagen und als Folge Flüchtlings-Bewegungen. Gerade vermeldete die Londoner Denkfabrik Institute for Economics and Peace (IEP) in ihrem neuen Global Peace Index, dass es seit dem Genozid in Ruanda 1994 mit 800.000 gewaltsam umgekommenen Menschen nicht mehr so viele Tote durch militärische Konflikte und Kampfhandlungen gegeben habe. Die Zahl weltweit auf diese Weise Getöteter wird demnach allein für das Jahr 2022 mit 238.000 Menschen angegeben und man darf von einer weit höheren Dunkelziffer ausgehen. Insgesamt sei die Welt 2022 zum neunten Mal in Folge weniger friedlich.

GEGEN Fluchten schottet sich Europa mit einem verstärkten Regime aus Grenzschutz durch Frontex und skandalös verschärften Asylrecht ab, was eine rigide Abwehr- und Push-

Back-Politik an Europas Außengrenzen zur Folge hat. 1.154 Flüchtende (ohne Dunkelziffer) sind bis jetzt in diesem Halbjahr allein im Mittelmeer bereits ums Leben gekommen. Das perverseste Argument: Die Anwesenheit ziviler Hilfsorganisationen mit ihren Rettungsschiffen befördere und animiere zur Flucht. Das würde den Schluss ziehen lassen, Polizei und Feuerwehr provozierten Kriminalität und Brände. Das rechtsnational regierte Italien geht wieder vermehrt unter fadenscheinigen Formalgründen dazu über, Hilfsschiffe privater Retter in Häfen festzusetzen. Noch immer gibt es nach der Flüchtlingskrise von 2015 keine über legale Zugangswege geregelte humanitäre Flüchtlingsaufnahme durch sichere Staaten. Dafür bräuchte es nämlich Milliardensummen, nicht für mehr Waffen. Der gerade beschlossene, europäische Asyl-Pakt wird daran nichts ändern, im Gegenteil. NGOs und Menschenrechts-Organisationen üben scharfe Kritik daran. Flüchtende aus der Ukraine, die Aufnahme verdienen, haben dagegen bei uns nach zweierlei Maß einen regelrecht privilegierten Status und werden ohne weiteres sozial alimentiert. Gegenüber neuen Milliardenausgaben dieser Art im kommenden Haushaltsjahr außer beim Militär, tritt der liberale deutsche Finanzminister auf die Sparsbremse.

WAFFEN und Kriege lösten in der Vergangenheit die zivilen Probleme, die hinter ihnen stehen, nicht. Es ist erschreckend, wie wenig Politiker:innen hierzulande geschichtsgeleitet noch eine Sprache des Friedens, der Diplomatie und Verständigung pflegen. Vom Gedanken an Versöhnung gar nicht erst zu reden. Die Bundeswehr soll sich offiziell wieder vom Feindbild Russland leiten lassen, fordert allen Ernstes die Liberale, Strack Zimmermann. Sie strebt nach vergeblichem Versuch, die gescheiterte SPD-Verteidigungsministerin Lambrecht im Amt zu beerben, jetzt nach einem Sitz im Europaparlament, um von dort aus, wie sie im Talk-Fernsehen flachste, statt Kanzler Scholz Präsident Macron „zu ärgern“. Diese Frau, die in Vampirstaffage beim Ordensverleih wider den tierischen Ernst auftrat, ist allemal eine unbelehrbare Kriegsnaïrin.

SEIT etwa Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts, gab es allmählich einen tiefen Meinungsumschwung in Teilen der deutschen Bevölkerung im Zentrum des West-Ost-Gegensatzes und des Kalten Krieges weg von der Losung eines „gerechten Krieges“ hin zum Leitbild eines „gerechten Friedens“. Was noch nicht der pure Friedensansatz ist, da in einschlägigen Texten noch immer sehr dehnbar für „*rechtserhaltende*“ militärische „*Gewalt*“ optiert wird, aber sich ihm deutlich annähert (siehe die EKD-Friedensdenkschrift von 2007). Die Kirche gab ihre lange aufrecht erhaltene, statische Komplementärformel *Frieden schaffen mit und ohne Waffen* – ein Widerspruch in sich – auf, die als kompatible Kriegslehre den nuklearen Waffeneinsatz als „ultima ratio“ noch akzeptierte. Nach wie vor betreibt sie mit 200 Militärpfarrer:innen eine aufwändige, staatlich finanzierte „Seelsorge in der Bundeswehr“ (früher Militärseelsorge), obwohl sie sich mehr und mehr davon entfernt, noch „Volkskirche“ für alle sein zu können. Krieg und Töten werden wieder als legitime Mittel quasi abgesegnet. Der frühere Bundespräsident Gustav W. Heinemann prägte als christlicher Sozialdemokrat den denkwürdigen Satz vom „Frieden als dem Ernstfall“. Junge Deutsche beriefen sich darauf bei ihrer Verweigerung des Kriegsdienstes in der Bundeswehr.

DIE gebliebene Sorge vieler Menschen vor den Folgen von Hochrüstung und Atombewaffnung darf heute wieder offen diffamiert werden als übertrieben-irrationale „German Angst“. Dafür steht vor allem der Münchner Bundeswehr-Politikdozent, Carlo Masala. Wiederholt verunglimpfte der promovierte Politikwissenschaftler (Buch: *Bedingt abwehrbereit. Deutschlands Schwäche in der Zeitenwende*, 2023) diese wohl reale Besorgnis, zuletzt wieder bei „Markus Lanz“ (13. Juni). TV-Talk-Moderator:innen lassen sich in ihren Panels gerne von Herrn Masala als vermeintlich kompetentem Militärstrategie-Experten, der er nicht ist, das

Einmaleins des Kriegsgeschehens an den ukrainisch-russischen Fronten buchstabieren. Ohne den breiten Zugang zu den einseitigen Informationspools der Bundeswehr wäre seine Eindruck schindende Expertise allerdings nichts.

ANFANG der 1980er Jahre demonstrierten über eine halbe Million Deutsche gegen die atomare Aufrüstung mit Mittelstreckenraketen in West und Ost. Dies verschaffte den Ostermärschen neuen Auftrieb, nachdem sie in den 70er-Jahren etwas in den Hintergrund geraten waren. Es spaltete sogar die SPD, die sich 1982 nicht mehr an der Macht halten konnte, da ihr der pazifistische Flügel wegbrach und der liberale Koalitionspartner abhandenkam. Der sich vom Entspannungskurs abrückend der christlichen Doppelpartei zuwandte, um per Misstrauensvotum den sozialdemokratischen Nachrüstungs-Kanzler Helmut Schmidt zu stürzen und Neuwahlen 1983 zu erzwingen. Solche zweifelhaften Parlaments-Manöver erfolgten in deutschen Nachkriegszeiten stets auf Betreiben von nationalen Liberalen und Christ-Konservativen. Die Wahl von 1983 brachte erstmals zunächst ungeliebte und beschimpfte grüne Öko-Paxe mit ihren Norwegerpullovern, Vollbärten, langen Wollröcken, Stricksachen, Topfblumen und grünen Bäumchen ins parlamentarische Bonner „Treibhaus“. Die dann unter Parlaments-Zwängen und Kaltstellung des pazifistischen und linksradikalen Flügels (Ditfurth, Vollmer, Kelly, Bastian, Schoppe, Ebermann, Trampert u. a.) relativ schnell „realpolitisch“ in ihr Gegenteil mutierten. 1999 beschloss Rot-Grün mit Schröder/Fischer an der Regierung nur ein Jahr nach der gewonnenen Wahl erstmals wieder einen aktiven deutschen Kriegseinsatz im Kosovo-Serbien-Krieg. Deutsche „Tronados“ bombardierten als kosovarische „UCK“-Luftwaffe Fabriken, Eisenbahnlinien und Brücken in Serbien und der grüne Außenminister bekam es bei der Bundesversammlung seiner Partei mit einem auf ihn geworfenen roten Farbbeutel zu tun. 2003 im zweiten US-Irakkrieg zögerte er vorsichtiger und zeigte sich nicht „überzeugt“ (*I'm not convinced...*) von den offensichtlich manipulierten amerikanisch-britischen „Beweisen“ für angeblich vorhandene Massenvernichtungswaffen des Golf-Potentaten Saddam Hussein. Die man nie fand und wofür man den Irak endgültig militärisch platt machte, Saddam vor Gericht zerrren, zu Tode verurteilen und hinrichten ließ.

ZEHNTAUSENDE blockierten von 1982 bis 1985 gewaltfrei Zufahrtswege zu den US-Raketenstandorten der Pershings II, darunter viele Kirchenleute und prominente Personen des öffentlichen Kulturlebens, Schriftsteller, Liedermacher, Theaterleute, Gewerkschafter:innen, Medienschaffende. Es waren im Gegensatz zu militanteren Pflugschar-Besetzungsaktionen rein symbolische Akte, die auch nur symbolisch zu ahnden gewesen wären, aber wegen des Anklagepunktes „Nötigung“ und „Gewalt“ teils empfindliche Geldstrafen und Gefängnisurteile zur Folge hatten. Überdies entfachten sie eine Diskussion über das „Recht auf Widerstand“. Die „Liebhaber des Friedens“ waren die Bösen und Gescholtenen, nicht die atomaren Kriegsaufrüster und -treiber. Das US-Atomwaffenlager in Büchel/Osteifel mit 20 modernisierten amerikanischen Atombomben B61-12 für die deutsche atomare Teilhabe, steht nach wie vor im Protest-Fokus der Friedensbewegung (300 Demonstrierende waren es beim diesjährigen Ostermarsch). Ebenso wie andere Rüstungsstandorte, etwa der von Heckler & Koch, nach 1945 hervorgegangen aus der traditionellen Mauser-Waffenschmiede, gegründet von zwei ihrer Ingenieure im südschwäbischen Oberndorf – Kleinwaffenproduzent für die ganze Welt und neuerdings wieder im steigenden Umsatzplus. Wie auch der Panzer- und Kanonenproduzent Rheinmetall. Man geht mit guten Rendite-Aussichten an die Kriegsbörse. Der deutsche Rüstungskonzern will sogar eine eigene Waffen-Produktion als „Joint Venture“ in der Ukraine errichten. Auch das wäre völkerrechtlich höchst bedenklich und ein herausforderndes Ziel russischer Raketenangriffe und was dann? Schlägt Deutschland dann militärisch zurück?

AUSGERECHNET ein SPD-Bundeskanzler einer rot-grün-gelben Ampelkoalition, nebenbei ehemaliger Kriegsdienstverweigerer in seinen Juso-Zeiten, der selbstredend heute nicht mehr verweigern würde, konstatierte am 27. Februar 2022 wenige Tage nach dem russischen Überfall auf die Ukraine eine „Zeitenwende“ hin zur kalkulierten Logik und Sprache der Waffen, Aufrüstung und Kriegsunterstützung. Eine „Wende“ freilich stellt dies nicht dar, ist sie in Steigerung doch gekoppelt an das beschlossene Vorhaben einer 100-Milliarden-Euro-Sonderverschuldung für Rüstung und Streitkräfte-Ausstattung, für die sie als „Argument“ herhalten muss. Das Nato-Plansoll der jährlichen 2%-Ausgaben vom BIP für Verteidigung, will der oberste SPD-Kriegsherr sogar noch übererfüllen, obwohl bisher nur acht der 31 Nato-Länder es annähernd umsetzen. Nato-Generalsekretär und dezidierter Pro-Kriegs-Rhetoriker, Jens Stoltenberg, sieht darin lediglich eine „Mindestanforderung“ und will, dass die Bündnis-Staaten noch mehr für Rüstung locker machen. Die SPD-Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl (SPD), eigentlich Obfrau für die Belange einer „Parlamentsarmee“ und Anliegen der Soldat:innen, stimmt mit ins Kriegshorn ein und fordert verwegen sogar 300 Milliarden für Rüstung und Verteidigung.

MIT dem Ukraine-Krieg im Rücken und neuer militärpolitischer Indo-Pazifik-Strategie soll die angeblich jahrelang verschleppte deutsche „Kriegsertüchtigung“ auf dem Feld eines neupochalen Weltordnungs-Machtkonflikts beschleunigt und umgesetzt werden. Diese zielt letztlich gen Osten, gegen Russland, China und Nordkorea und markiert eine Hauptkonflikt- und Aufmarschlinie des 21. Jahrhunderts. SPD-Verteidigungsminister Pistorius kündigte in klassischer Kanonenboot-Strategie gerade die erneute Entsendung einer Fregatte und eines Marine-Versorgers auf Patrouillenfahrt vor Chinas Küsten ab dem kommenden Jahr 2024 an, wo die deutsche Marine nichts verloren hat. Über verschiedene Formate und Initiativen (G7-Treffen in Japan, Shangri-La-Dialog in Singapur, einer Art ostasiatischer Entsprechung zur Münchner Sicherheitskonferenz, Regierungsdiplomatie...) versucht die deutsche Regierung in Gestalten von Kanzler Scholz, Minister Pistorius und der „feministischen Außenministerin“ Baerbock Militärabsprachen zu erzielen und Rüstungsk Kooperationen zu schmieden mit Ländern wie Indien und Indonesien.

INDIEN bezieht als alter Moskauverbündeter und im Grunde China-Gegner noch immer etwa 60 Prozent seiner Rüstung aus Russland. Durch u. a. aktuelle deutsche Rüstungshilfeszusagen soll der BRICS-Staat aus dieser engen Connection allmählich herausgelöst und ins westliche Lager gezogen werden. Indien, das sei nur am Rand vermerkt, steht im schwelenden Grenzkonflikt mit seinem Nachbarn und nuklearen Konkurrenten, Pakistan. Im Nationalkonflikt China-Taiwan und um die Freihaltung von Welthandels-Seewegen im chinesisch usurpierten Südchinesischen Meer, wird derzeit vom Westen fieberhaft an der Stärkung einer breit vermessenen militärischen Bündnisachse USA/Japan/Südkorea/Taiwan/Philippinen/Singapur/Indonesien/Australien gearbeitet. Allein die USA haben zwei ihrer elf atomaren Trägerflotten im Pazifik stationiert, was jeweils ein-satzfähige Kriegsverbände zwischen 20 und 30 Schiffen umfasst. China, das selbst seit Jahren maßlos aufrüstet, sieht sich so einem massierten Militäraufmarsch potenter westlicher Kontrahenten gegenüber stehend, was in Peking für nervöse und teils harsche Reaktionen sorgt. China hat mittlerweile die Anzahl seiner Atomsprengköpfe um fast das Doppelte auf 410 erhöht und strebt absehbar eine Zahl von 1.000 an. Dort ist darum in den kommenden Jahren vermehrt mit provozierten oder zufälligen „Zwischenfällen“ zu rechnen, die ein mögliches 3.-Weltkriegs-Kriegsrisiko erhöhen dürften. Der chinesisch-taiwanesischer Inselkonflikt könnte dabei zum nächsten casus belli werden.

DIE Potsdamer Beschlüsse von 1945 als Dokumente der Zementierung der Weltaufteilung in West und Ost am Ende einer brüchigen Anti-Hitler-Zweckkoalition, finden in erweiterter, abgewandelter Form eine Fortsetzung. Dies wird neu zu analysieren und bewerten sein. Wir befinden uns zusammengefasst bereits mitten im Prolog zu einem „Aufmarsch“ in einem lang anhaltenden Weltordnungskonflikt (der Philosoph und Publizist, Robert Kurz, sprach schon 2003 in seinem Buch von „Weltordnungskrieg“) kontinentalen Zuschnitts. Die G7-Formation plus assoziierte EU der großen westlichen Industrieländer ist eine, in der sich vorbei an der UNO dieser Aufmarsch ausdrückt und vollzieht. Der BRICS-Staat Brasilien und Japan wollen wie in Hiroshima beim G7-Gipfel verkündet einen neuen Versuch starten, den UN-Sicherheitsrat, der im Dilemma gegenseitiger Veto-Blockade steckt, zu „reformieren“. Man darf davon ausgehen in einem westlich konformen Sinn. Die allseits von Hinz und Kunz beschworene, sog. *regelbasierte internationale Ordnung* ist eine des freien, konkurrierenden Weltmarktes und Natur und Menschen ausbeutenden, kapitalistischen Systems nach dem zerstörerischen globalen Wachstumsmuster des überentwickelten Nordens.

DER neue SPD-Verteidigungsminister, Boris Pistorius, derzeit nach Umfragen beliebtester Politiker, will unbescheiden 10 Milliarden Euro mehr sofort für die Bundeswehr. Damit reichte der künftige Wehretat Deutschlands mit über 54 Milliarden Euro und den geplanten sukzessiven Aufstockungen bald nahe an den jährlichen Russlands heran mit ca. 68 Milliarden Dollar. Oberst André Wüstner vom Deutschen Bundeswehrverband unterstützt darin vehement seinen Minister. Die SPD lässt sich ungezügelt auf ganzer Strecke vor den Rüstungskarren spannen. Eine SPD-„Pseudolinke“ wie die Co-Vorsitzende Saskia Esken, übernimmt „Gewehr bei Fuß“ den Part, Kanzler Scholz‘ kaum nachvollziehbare Politik des „Hakenschlagens“, Tarnens, Ausweichens und sich Bedeckens als vorbildlich und makellos hinzustellen. Der eingefleischte Transatlantiker Scholz geht wiederum in einer jüngsten Rede zum Europatag auf Distanz zum französischen Präsidenten Macron und dessen Plänen für eine EU als dritter Großmacht („dritter Pol“) neben den USA und China, natürlich angeführt von der Atommacht Frankreich, die anders als Großbritannien ihr Nuklearpotenzial nicht reduziert hat und ihre atomare „force de frappe“ in allen Waffengattungen aufrechterhält.

SCHOLZ verweist diese – dabei mögen sogar alte deutsch-französische Animositäten eine Rolle spielen – ins Reich der Nostalgie, wenn er an Altjuso-Stamokap-Theorie angelehnt in fast „antiimperialistischer“ Diktion ausführt: *„Wer nostalgisch dem Traum europäischer Weltmacht nachhängt, wer nationale Großmachtphantasien bedient, steckt in der Vergangenheit“*. Im Grunde eine durchaus richtige Feststellung, aber was soll man diesem Zeitenwende-Propheten, der im „Merkeltempo“ je nach Gusto alles durcheinanderwürfelt und andererseits mit Herrn Macron wieder vertraut diniert und spazieren geht, noch glaubhaft abnehmen? Der „Linksaußen“ im SPD-Vorstand und Auswärtigenausschuss-Mitglied, Ralf Stegner, trägt Scholz‘ Schlingerkriegskurs offen mit, will aber trotzdem als „Kriegsgegner“ gelten und verstanden werden. Ein wie einst Herbert Wehner mürrischer Grantler und Quadratureur des Kreises, Betupper (Täuscher) und Nebelkerzenwerfer. Man kann die noch etwas besonneneren „Kriegsgegner“ in der SPD-Spitze wohl an einer Hand abzählen, wozu vielleicht noch der Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich und der Ex-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans gehören, der das Handtuch warf und den man durch den kriegswillig moderierenden Lars Klingbeil, ersetzte. (Ende Teil I) Elmar Klink, D-Bremen, 3. Juli 2023